

Friedhelm Farthmann

Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Gemeinsam siegen oder gemeinsam untergehen

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, geb. 1930 in Bad Oeynhausen, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften in Göttingen, war von 1965 bis 1971 zunächst Leiter der Abteilung Mitbestimmung, dann der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DG B-Bundesvorstand. Von 1985 bis 1995 war er Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Seit dem Entstehen der deutschen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist die Gemeinsamkeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften immer wieder beschworen worden. In der Tat haben sich beide stets als gemeinsame Abkömmlinge desselben Ursprungs verstanden und gemeinsam dasselbe Ziel verfolgt, nämlich die Verbesserung der

Lage der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Unterschiedlich waren nur die Kampffelder zur Erreichung dieses Ziels: Die Gewerkschaften agierten auf der betrieblichen Ebene und die Partei im Bereich der Politik, Diese inhaltliche Gemeinsamkeit mit der Sozialdemokratie wurde auch durch den Gedanken der Einheitsgewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg praktisch nicht in Frage gestellt. Im Rahmen kollegialer Toleranz wurde es hingenommen, daß ein kleiner Teil der Mitglieder und Funktionäre - meist aus konfessionellen Gründen - in der Union und ein anderer kleiner Teil bei den Kommunisten engagiert war. Die prinzipiell sozialdemokratisch geprägte Programmatik der deutschen Gewerkschaften ist dadurch jedenfalls nicht beeinträchtigt worden.

Tendenzen der Entfremdung

In dieser Gemeinsamkeit sind SPD und Gewerkschaften in den 100 Jahren ihres politischen Ringens ungewöhnlich erfolgreich gewesen. Fast sämtliche Forderungen, für die die Arbeiterbewegung einst angetreten war, sind heute in einem Maße erfüllt, von dem ihre Gründer kaum zu träumen wagten. Trotzdem werden seit einigen Jahren Tendenzen gegenseitiger Entfremdung erkennbar. Dies hat seine Ursache zum einen darin, daß sich die früher oft selbstverständliche emotionale Bindung sowohl zur Gewerkschaft als auch zur Partei bei den handelnden Personen mehr und mehr lockert. Die jüngere Funktionärsschicht in beiden Organisationen kommt heute meist direkt von der Hochschule und hat nicht mehr die langjährige Erfahrung gemeinsamen Wirkens in Partei und Gewerkschaft im Betrieb und Ortsverein. Zum anderen ist mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen ein Konkurrent für die SPD auf den Plan getreten, der auf viele Gewerkschaftsfunktionäre offensichtlich sehr viel attraktiver wirkt, als dies Christdemokraten oder Kommunisten jemals gelungen ist.

Das Ende der sozialen Wohltaten

Der entscheidende Grund für das Schwierigerwerden der Gemeinsamkeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften liegt aber tiefer. Er hängt zusammen mit der Programmatik beider Organisationen. Ihr Hauptstück war von den ersten Anfängen an die Sozialpolitik, und diese Karte ist inzwischen ausgereizt. Bis zur Mitte der siebziger Jahre war es unter dem ehemaligen Bergarbeiterführer und ersten Bundesarbeitsminister der sozialliberalen Ära, Walter Arendt, noch einmal zu einem bis dahin nie erlebten Aufschwung sozialpolitischer Reformen in der Bundesrepublik gekommen. Danach aber trat die große Leere ein. Weitere Leistungssteigerungen auf dem Sektor der sozialen Sicherungen waren nicht mehr bezahlbar, aber auch angesichts der immer stärker auftretenden Mißbräuche nicht mehr durchsetzbar. Seitdem ist selbst in der gewerkschaftlichen Anhängerschaft das Feuer der Begeisterung für einen weiteren Ausbau der Sozialleistungssysteme erloschen, und im Lager der Sozialpolitiker herrscht Unsicherheit und Ratlosigkeit. Dazu haben

die um sich greifende Arbeitslosigkeit und die Unfähigkeit, sie wirksam zu bekämpfen, ein übriges getan.

In ihrem bisherigen zentralen Programmfeld stehen deshalb SPD und Gewerkschaften seit einigen Jahren mit dem Rücken an der Wand. Sie kämpfen verzweifelt gegen die Unternehmer und konservativen politischen Kräfte um die Bewahrung dessen, was sie mühsam an sozialen Verbesserungen errungen haben. Dabei ist diese Auseinandersetzung für die Sozialdemokratie deswegen besonders schwierig, weil sie auch als große Oppositionspartei ihre Verantwortung für die Finanzen des Staates und der sozialen Leistungsträger nicht leugnen kann und deshalb der Öffentlichkeit eigene Vorschläge zur Sanierung der sozialen Sicherungssysteme schuldig ist. Anders ausgedrückt: Die SPD kann nicht die Vorschläge der Bundesregierung ablehnen, ohne gleichzeitig deutlich zu machen, welche Alternative sie selbst empfiehlt. Jede theoretisch denkbare Lösung aber erfordert Opfer von Beteiligten und löst deshalb den Widerspruch von Versicherten und Arbeitnehmern aus.

Gewerkschaftliche Annäherung an die Grünen:

In dieser für die Sozialdemokraten und Gewerkschaften gleichermaßen schwierigen Situation wächst bei den letzteren offenbar die Neigung, politische Hilfe auch bei den Grünen zu suchen. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Bemühungen bildete der Auftritt des DGB-Vorsitzenden auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen am 29. November 1996 in Suhl. Obwohl nicht zu bestreiten ist, daß die Grünen mit aller Entschiedenheit gegen jede Art von Sozialabbau auftreten, sollten sich die Gewerkschaften alle Schritte zur Annäherung an diese Partei aus drei Gründen wohl überlegen:

1. Da die Grünen nur über eine schwache Minderheitenposition im Parlament verfügen, nützt den Gewerkschaften die Zustimmung dieser Partei für die Realisierung ihrer Vorhaben relativ wenig. Man ist sich zwar im Saale schnell einig, draußen aber bewegt sich nichts. Wenn es womöglich dahin kommen sollte, daß die Grünen durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf Kosten der SPD gestärkt würden, könnte das die Chancen einer parlamentarischen Realisierung von gewerkschaftlichen Forderungen sogar schmälern.
2. Die Grünen können sich ihre konsequente „Sozialfortschrittlichkeit“ nur leisten, weil sie sich um sachliche Notwendigkeiten nicht kümmern. Ihre Vorschläge könnten den Härtesten der praktischen Durchsetzung nicht bestehen. Falls sie deshalb tatsächlich an der politischen Verantwortung auf Bundesebene beteiligt werden sollten, würden sie den gleichen Sachzwängen der Finanzierbarkeit unterworfen sein wie alle anderen politischen Parteien auch.
3. In der zentralen sozialpolitischen Frage der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste Voraussetzung aller Anstrengungen zur Verbesserung der Ausbau

unserer Infrastruktur. Preiswerte und funktionierende Infrastrukturleistungen sind entscheidende Standortfaktoren für Produktion auf hohem technischen Niveau. Wer sich deshalb jedwedem Ausbau von Flughäfen, Eisenbahnverbindungen und Autostraßen widersetzt, wird - ob gewollt oder nicht - zum wirkungsvollsten Zerstörer oder Verhinderer von Arbeitsplätzen. Die dagegen von den Grünen immer wieder vorgebrachte Behauptung, durch ihre Politik entstünden auf den Sektoren des Umweltschutzes und der sogenannten sanften Energien mindestens ebenso viele Ersatzarbeitsplätze, ist eine reine Lebenslüge. Derartige Arbeitsplätze sind im eigentlichen Sinne unproduktiv und verursachen zunächst zusätzliche Kosten. Trotzdem sind natürlich solche Arbeitsplätze wünschenswert und zum Teil durchaus nötig; sie sind aber nur finanzierbar, wenn im produktiven Bereich das Geld dafür verdient wird. Wenn sich deshalb die Gewerkschaften zur Verhinderung einer Korrektur der sozialen Sicherung auch mit denjenigen verbünden, die mehr als alle anderen zur Gefährdung und zum Abbau von Arbeitsplätzen beitragen, verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit als Kämpfer gegen die Arbeitslosigkeit.

Neue programmatische Gemeinsamkeit

Die alte und bewährte Kampfgemeinschaft von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wird nur dann neu zu beleben sein, wenn sich beide neue gemeinsame Kampfziele setzen. Allein die Erinnerungen an die gemeinsame Vergangenheit oder emotionale Appelle zur gegenseitigen Unterstützung bringen nichts. Dazu ist der politische Überlebenskampf für die Funktionäre vor Ort zu hart und zu rücksichtslos. Sie benötigen schlüssige und überzeugende politische Konzeptionen, um sich gegen ihre jeweiligen Gegner durchsetzen zu können. Die bisherigen Grundsatzprogramme sowohl der SPD als auch des DGB bringen dazu nichts; sie bestehen im wesentlichen aus Analysen oder Formelkompromissen, die für den partei- und gewerkschaftspolitischen Alltag weitgehend wertlos sind. Nötig ist deshalb ein programmatischer Neuanfang in den Fragen, auf die Bürger und Arbeitnehmer unserer Tage klare und glaubwürdige Antworten erwarten. Drei davon sollen hier kurz skizziert werden:

1. Für die Aufgabenstellung großer Unternehmen in der modernen Wirtschaftsordnung hat sich in den letzten Jahren ein fast revolutionärer Wandel vollzogen, auf den bisher Gewerkschaften und Sozialdemokraten erstaunlich wenig Aufmerksamkeit verwandt haben. Bis noch vor wenigen Jahren war es im deutschen Wirtschaftsrecht völlig unbestritten, daß der Vorstand einer Aktiengesellschaft bei der Führung des Unternehmens nicht nur im Interesse der Anteilseigner zu handeln hatte. Schon Paragraph 70 des alten Aktiengesetzes von 1937 bestimmte ausdrücklich, daß der Vorstand die Gesellschaft in eigener Verantwortung zu leiten hatte, wie es das Wohl der Aktionäre, der Belegschaft und das öffentliche Wohl verlangten. Bedauerlicherweise hat das Aktiengesetz von 1965 im Zuge der damaligen Aktienrechtsreform für den

entsprechenden Paragraphen 76 die genannte Formulierung nicht übernommen. In der amtlichen Begründung zu dem neuen Gesetz heißt es jedoch ausdrücklich, daß eine solche Regelung nur deshalb unterblieben sei, weil sich ihr Inhalt von selbst verstehe. Es sollte also insofern an der bis dahin allgemein gültigen Rechtslage nichts geändert werden, nach der dem Vorstand aufgegeben ist, im Rahmen der Unternehmenspolitik nicht nur das Aktionärsinteresse, sondern auch das Belegschaftsinteresse und das öffentliche Interesse zu beachten. Dies war auch die absolut herrschende Auffassung im rechtswissenschaftlichen Schrifttum.

In dieser Frage ist jedoch fast über Nacht, und ohne daß im deutschen Unternehmensrecht auch nur ein einziges Komma geändert worden wäre, unter dem Schlagwort „Shareholder-value“ ein tiefgreifender Wandel angebahnt worden. Er läuft darauf hinaus, daß künftig alleiniger Maßstab für das Handeln des Vorstandes die Wertsteigerung der Aktie sein soll. Darin läge ein fundamentaler Bruch mit der deutschen Aktienrechtstradition und ein Paradigmenwechsel für die Unternehmenspolitik in unserem Lande. Offensichtlich sind zahlreiche Unternehmensvorstände bereit, begierig diesen neuen Trend aufzugreifen. Das vorlaute Bekenntnis des Vorstandsvorsitzenden der Daimler-Benz AG, Jürgen Schrempp, zum „Shareholder-value“ und sein kurz darauf folgender opportunistischer Rückzieher waren nur das schrillste Beispiel für das Umdenken auf den Vorstandsetagen unserer Großunternehmen.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften sollten diesen zentralen Punkt der deutschen Unternehmensordnung endlich offensiv aufgreifen. Wenn die Unternehmenspraxis sich anschickt, unter Mißachtung des geltenden Rechts eine neue Philosophie der Unternehmensführung zu übernehmen, muß der Gesetzgeber eingreifen. Die geplante neue Aktienrechtsreform darf deshalb nicht über die Bühne gehen, ohne daß der Gesetzgeber zu dieser Grundsatzfrage Stellung bezieht. Diese Angelegenheit ist um so ärgerlicher, als „Shareholder-value“ meist gleichzeitig dazu dient, die Vorstandsbezüge zu vervielfältigen - und das in einer Zeit, in der von allen anderen Teilen der Gesellschaft verlangt wird, den Gürtel enger zu schnallen.

4. Die gesamte Sozialpolitik bedarf dringend einer Reform an Haupt und Gliedern. Nicht nur in der Rentenpolitik, in der Krankenversicherung und bei der Arbeitszeitgestaltung, sondern in fast allen Teilbereichen unserer Sozialverfassung stoßen die hergebrachten Strukturen an Grenzen. Völlig zu Recht haben deshalb kürzlich der Sozialdemokrat Siegmund Mosdorf und der Grüne Hubert Kleinert in einem gemeinsamen Positionspapier hervorgehoben, daß gerade die Linke Kraft und Phantasie zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme finden müsse.¹ Davon ist zur Zeit allerdings wenig zu erkennen. Und in der Tat ist dies auch leichter gesagt als getan.

Bisher reagieren Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf die neuen sozialpolitischen Herausforderungen überwiegend defensiv. Solange sie sich

1 Der Spiegel 13/1997.

aber an alles Überkommene klammern und es mit Hauen und Stechen verteidigen, entgeht ihnen die Chance zu einem wirklichen Neubeginn. Der gemeinsame Ansatzpunkt für alle Reformen unserer Sozialversicherung müßte nach meiner Einschätzung sein, in die kollektiven Schutzmechanismen individuelle Gestaltungsspielräume der Betroffenen einzufügen. Das Streben nach Eigenverantwortlichkeit und Selbstgestaltung auch im Arbeitsprozeß war immer ein Kernstück gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Programmatik. Dem kommt der allenthalben spürbare Wunsch der Menschen unserer Tage nach mehr Individualität durchaus entgegen. Der mittellose Tagelöhner vergangener Jahrzehnte ist vor allem durch das erfolgreiche Wirken der Gewerkschaften zum mündigen Bürger geworden, der willens und in der Lage ist, auch seinen eigenen sozialen Schutz selbstverantwortlich zu gestalten. Die Freiheit, selbst entscheiden zu können, schließt allerdings die Verantwortung für die Folgen der Entscheidung ein. Unsere Sozialordnung muß zerbrechen, wenn jeder so viel Freiheit wie möglich zu gewinnen trachtet, aber die Folgen davon anderen auflädt.

Aus diesen Grundüberlegungen ergeben sich für die verschiedenen Teilbereiche der Sozialpolitik unterschiedliche und schwierige Konsequenzen, die hier nicht im einzelnen dargestellt werden können. Ich habe meine persönliche Meinung dazu vor einiger Zeit geäußert.² Auch wenn SPD und Gewerkschaften dem nicht in allen Punkten folgen wollen, werden sie sich so oder so auf absehbare Zeit zu ihrer Vision einer Sozialpolitik der Zukunft durchringen müssen.

5. Der wichtigste Anlaß für einen programmatischen Neubeginn von SPD und Gewerkschaften folgt aus der Notwendigkeit, die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Erde zu bewahren. Wie dringlich auf diesem Gebiet ein Umdenken erforderlich ist, zeigt sich am deutlichsten daran, daß schon heute unsere Erde nicht mehr bewohnbar wäre, wenn alle Menschen, die auf ihr leben, den gleichen Lebensstandard erreichten wie die Bewohner der wohlhabenden Industrieländer. Würden beispielsweise alle derzeit lebenden 5,7 Mrd. Menschen pro Kopf soviel Kohlendioxyd an die Atmosphäre abgeben wie die Bürger in Deutschland, brauchte die Menschheit, um frei atmen zu können, fünf Planeten von der Größe unserer Erde. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, die von der katholischen Entwicklungshilfeorganisation „Miserior“ und dem Umweltverband „BUND“ in Auftrag gegeben worden ist. Hinzu kommt, daß die Erdbevölkerung jährlich immer noch um rund 95 Mio. wächst und sich bis zum Jahre 2025 selbst nach der vorsichtigsten Prognose auf 8,12 Mrd. Menschen erhöhen wird.

Wenn für die Nachfahren der deutschen Arbeiterbewegung noch das Gebot der internationalen Solidarität gilt, wäre für sie dringendes Handeln geboten. Es ist nicht mehr zu verantworten, mit einer weiteren Steigerung des

2 Friedhelm Farthmann, Blick voraus im Zorn, Düsseldorf 1996, S. 84 ff.

Lebensstandards in den Wohlstandsregionen dieser Welt zugleich die Zielmarke, um deren Erreichung die armen Entwicklungsländer mit zunehmender Aggressivität kämpfen, immer weiter heraufzusetzen, während wir wissen, daß die natürlichen Ressourcen unserer Erde den Entwicklungsländern schon das Erreichen unseres heutigen Wohlstandsniveaus nicht gestatten. Ich glaube deshalb, daß auf das Jahrhundert der Sozialpolitik, das hinter uns liegt, das Jahrhundert der Umweltpolitik folgt.

Welche politischen Mittel zur Bewältigung dieser ungeheuren Herausforderung der Menschheit einzusetzen sind, ist heute noch nicht abzusehen. Ich persönlich halte es für unausweichlich, mit einem Einfrieren der Einkommensspirale in den reichen Industriestaaten zu beginnen und sich dort für die Zukunft mit einer Reallohnsicherung zu begnügen.³ Vielleicht gäbe es noch andere und bessere Vorschläge. Mit einer Politik der Scheinlösungen ist es aber nicht getan.

Selbstverständlich sind noch weitere Aktionsfelder für ein gemeinsames Handeln denkbar. Ein neues Steuerrecht und die Einführung einer europäischen Einheitswährung stehen auf der Tagesordnung. Entscheidend ist aber, daß sowohl Sozialdemokratie als auch Gewerkschaften die alten Denkschablonen verlassen und sich zu neuen und zukunftssträchtigen Konzeptionen durchringen. Nur so können sie wie in früheren Jahrzehnten gemeinsam siegen. Wenn ihnen jedoch ein wirklicher inhaltlicher Neubeginn nicht gelingt, ist zu befürchten, daß sie gemeinsam untergehen.

3 Vgl. Farthmann, S. 57 ff.